

Bundesregierung muss Standorte der Flugsicherung zusammenlegen

Statement Stefan Gelbhaar, Obmann im Verkehrsausschuss für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Die Bundesregierung leistet sich momentan gleich drei Standorte für ihre Flugsicherung. Betrieb und Bewachung kosteten die Steuerzahler in den vergangenen Jahren insgesamt 10,4 Mio. Euro. Statt daran zügig etwas zu ändern und die Standorte endlich zusammenzulegen, kann sich die Bundesregierung nicht von ihren Luxusplänen für den Regierungsflughafen verabschieden - das ist unverschämt und peinlich. Obwohl die Flughafengesellschaft dem BER-Aufsichtsrat ein preisgünstiges Konzept für den Regierungsflughafen am BER vorgestellt hat, laviert die Bundesregierung immer noch über Sinn und Unsinn eines Neubaus herum.“, bewertet Stefan Gelbhaar, Obmann im Verkehrsausschuss für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das gegenwärtige Verhalten der Bundesregierung.

Hintergrund (siehe auch KA DS 19/6837)

Am Standort Berlin Tegel stiegen die Kosten um 21 Prozent von 2,5 Mio. Euro auf 3,03 Mio. Euro zwischen 2008 und 2018). , Am Standort Köln/Bonn sogar um mehr als das Doppelte, 113,5 Prozent (von 3,3 Mio. Euro auf 7,1 Mio. Euro). Hinzu kamen in den vergangenen Jahren noch Kosten am Flughafen Schönefeld, durch die Errichtung des Interimsterminals. Diese haben sich seit dessen Fertigstellung 2018, in nur 6 Jahren vervielfacht – und das vor allem durch die Bewachung eines leeren Terminals (2023 Euro in 2012 auf 232.680 Euro in 2018).